

## **Jobcenter fordert nach 16 Jahren Rückzahlung - Ein unerhörter Skandal!**

Jobcenter Pankow fordert nach 16 Jahren Rückzahlung von Bürgergeld. Ein Fall wirft Fragen zur Rechtmäßigkeit auf.

**Berlin-Pankow, Deutschland** - In einem schockierenden Fall hat ein ehemaliger Bürgergeld-Empfänger in Berlin-Pankow überraschend Post vom Jobcenter erhalten - und das nach 16 Jahren! Er wurde aufgefordert, 375,95 Euro zurückzuzahlen, was er zunächst für einen Scherz hielt. Der Fall verdeutlicht, wie langwierige bürokratische Prozesse und mögliche Überzahlungen zur Rückforderung führen können. Wie der Betroffene erklärt, war er früher Hartz-IV-Empfänger und die betreffende Summe betrifft eine Mietkaution, die vom Jobcenter auf ein spezielles Mietkautionskonto überwiesen wurde. Laut Sozialrechtsexperten ist es jedoch höchst fragwürdig, dass das Jobcenter erst so spät solche Rückforderungen stellt, da viele Bürger in solchen Fällen keine Dokumente mehr aufbewahren.

Zusätzlich wird in einer anderen Analyse deutlich, dass Jobcenter intensive Prüfungen von Unterstützungsleistungen durchführen. So waren die Behörden im letzten Jahr 82.000 Hinweisen auf möglichen Sozialleistungsbetrug nachgegangen, was zu mehreren tausend Rückforderungen führte. Diese Überprüfungen umfassen einen automatisierten Datenabgleich, bei dem Millionen Datenpakete zwischen verschiedenen Behörden ausgetauscht werden. Für viele Bürgergeld-Empfänger kann dies fatale Folgen haben: Sie müssen nicht nur Rückzahlungen leisten, sondern sich auch gegen mögliche Betrugsanklagen behaupten, was zu Geld- oder sogar Haftstrafen führen kann. Angaben zeigen, dass seit 2018 über

165.000 Fälle von sozialrechtlichem Betrug aufgedeckt wurden, und 93 Personen zu Haftstrafen verurteilt wurden.

## Schockierende Rückforderungen und rechtliche Grauzonen

Der Bürgergeld-Empfänger ist überzeugt, dass das Jobcenter eine Strategie verfolgt, indem es solche Rückforderungen sehr spät geltend macht. Dies könnte bedeuten, dass viele Bürger keinen glaubwürdigen Widerspruch erheben können, da sie die Beweise nicht mehr haben. Das Jobcenter verteidigt sich jedoch und betont, dass sie gesetzlich verpflichtet sind, an offene Forderungen zu erinnern, solange dies nicht verjährt ist. Ein komplexes rechtliches Umfeld umschließt diese Rückforderungen, da unterschiedliche Verjährungsfristen für Rückzahlungen gelten. Der Fall wirft ein Licht auf die Herausforderungen und Unsicherheiten, die Menschen im Umgang mit Sozialleistungen erleben, so wie auch bereits von **Gegen-Hartz.de** berichtet wurde.

Details	
<b>Vorfall</b>	Skandal
<b>Ursache</b>	Überzahlung
<b>Ort</b>	Berlin-Pankow, Deutschland
<b>Schaden in €</b>	376
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.merkur.de">www.merkur.de</a></li><li>• <a href="http://www.gegen-hartz.de">www.gegen-hartz.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**